LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
8. Wahlperiode

Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache
8/207
21. Oktober 2025

INHALT:

Stellungnahme

Anna Gatzke

Integrationsbeauftragte
Universitäts- und Hansestadt Greifswald

zum Thema

"Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen"

PE 1
21. Okt. 2025
299

26.09.2025
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Integrationsbeauftragte
Anna Gatzke

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern", 45. Sitzung, Themencluster 5 „Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen"

Stellungnahme

Empfehlungen zur Verbesserung der Teilhabe junger Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte aus kommunaler Perspektive

Diese Stellungnahme konzentriert sich auf die Themen „Bildung und Chancengerechtigkeit" sowie „Arbeitsmarkt und Ausbildung". Diese Bereiche sind in Mecklenburg-Vorpommern für Kinder und Jugendliche weiterhin häufig sehr herausfordernd und haben zugleich unmittelbare Auswirkungen auf deren Zukunftschancen und gelebte Teilhabe. Auf die Themen Rassismuserfahrungen und Partizipation wird ebenfalls kurz eingegangen. Die Stellungnahme beinhaltet sieben konkrete Handlungsempfehlungen.

1. **Bessere Datenlage und Monitoring zu Integration von Jugendlichen in Bildung und beim Übergang von Schule in Ausbildung/Beruf**

Die Integrationsstrukturen in M-V haben sich im letzten Jahrzehnt deutlich entwickelt und verbessert. Die Integration verläuft besser als es der medial-politische Diskurs oft vermuten lässt. Zugleich besteht in vielen Bereichen weiterhin großer Handlungs- und Verbesserungsbedarf. Die erste Handlungsempfehlung ist daher, eine bessere Datenlage für das Land M-V und regional zu schaffen. Diese Daten sollten gebündelt, für ein interessiertes Publikum leicht zugänglich gemacht und offensiv kommuniziert werden. Insbesondere ist ein detailliertes Monitoring zur Integration von Kindern und Jugendlichen in Bildung sowie beim Übergang von Schule in Ausbildung/Beruf erforderlich. Dies würde einerseits zur Versachlichung der gesellschaftlichen Debatte insgesamt beitragen und andererseits die konkreten Handlungsbedarfe und die benötigten Ressourcen aufzeigen. Gerade beim Thema Integration und Bildung für jugendliche Neuzugewanderte scheint das Land M-V derzeit noch hinter seinem Potenzial zurückzubleiben.

2. **Integrationsmaßnahmen sollen stärker auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet werden. Die notwendigen Ressourcen müssen dafür bereitgestellt werden.**

Aktuelle Integrationsangebote richten sich überwiegend an Erwachsene, während die Integrationsunterstützung für Kinder und Jugendliche in M-V eine deutliche Strukturschwäche aufweist. Dabei ist der sozialpädagogische Bedarf gerade bei Kindern und Jugendlichen bei sozialer Integration und insbesondere in Bezug auf Bildungsfragen und den Übergang von Schule in Ausbildung/Beruf besonders hoch. Fast ein Drittel der Geflüchteten, sowohl aus den Asylherkunftsländern als auch aus der Ukraine, sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.[1] Im bisherigen Berichtsjahr 2025 liegt der Anteil im Bereich Asyl sogar bei rund 44 %; 72 % aller Personen sind jünger als 30 Jahre.[2] Die Integrationspolitik des Landes

[1] Zahl der Flüchtlinge | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION
[2] BAMF Aktuelle Zahlen, Ausgabe August 2025, Seite 8.

26.09.2025
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Integrationsbeauftragte
Anna Gatzke

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“, 45. Sitzung, Themencluster 5 „Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen“

Stellungnahme

Empfehlungen zur Verbesserung der Teilhabe junger Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte aus kommunaler Perspektive

Diese Stellungnahme konzentriert sich auf die Themen „Bildung und Chancengerechtigkeit“ sowie „Arbeitsmarkt und Ausbildung“. Diese Bereiche sind in Mecklenburg-Vorpommern für Kinder und Jugendliche weiterhin häufig sehr herausfordernd und haben zugleich unmittelbare Auswirkungen auf deren Zukunftschancen und gelebte Teilhabe. Auf die Themen Rassismuserfahrungen und Partizipation wird ebenfalls kurz eingegangen. Die Stellungnahme beinhaltet sieben konkrete Handlungsempfehlungen.

1. Bessere Datenlage und Monitoring zu Integration von Jugendlichen in Bildung und beim Übergang von Schule in Ausbildung/Beruf

Die Integrationsstrukturen in M-V haben sich im letzten Jahrzehnt deutlich entwickelt und verbessert. Die Integration verläuft besser als es der medial-politische Diskurs oft vermuten lässt. Zugleich besteht in vielen Bereichen weiterhin großer Handlungs- und Verbesserungsbedarf. Die erste Handlungsempfehlung ist daher, eine bessere Datenlage für das Land M-V und regional zu schaffen. Diese Daten sollten gebündelt, für ein interessiertes Publikum leicht zugänglich gemacht und offensiv kommuniziert werden. Insbesondere ist ein detailliertes Monitoring zur Integration von Kindern und Jugendlichen in Bildung sowie beim Übergang von Schule in Ausbildung/Beruf erforderlich. Dies würde einerseits zur Versachlichung der gesellschaftlichen Debatte insgesamt beitragen und andererseits die konkreten Handlungsbedarfe und die benötigten Ressourcen aufzeigen. Gerade beim Thema Integration und Bildung für jugendliche Neuzugewanderte scheint das Land M-V derzeit noch hinter seinem Potenzial zurückzubleiben.

2. Integrationsmaßnahmen sollen stärker auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet werden. Die notwendigen Ressourcen müssen dafür bereitgestellt werden.

Aktuelle Integrationsangebote richten sich überwiegend an Erwachsene, während die Integrationsunterstützung für Kinder und Jugendliche in M-V eine deutliche Strukturschwäche aufweist. Dabei ist der sozialpädagogische Bedarf gerade bei Kindern und Jugendlichen bei sozialer Integration und insbesondere in Bezug auf Bildungsfragen und den Übergang von Schule in Ausbildung/Beruf besonders hoch. Fast ein Drittel der Geflüchteten, sowohl aus den Asylherkunftsländern als auch aus der Ukraine, sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.[1] Im bisherigen Berichtsjahr 2025 liegt der Anteil im Bereich Asyl sogar bei rund 44 %; 72 % aller Personen sind jünger als 30 Jahre.[2] Die Integrationspolitik des Landes

[1] Zahl der Flüchtlinge | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION
[2] BAMF Aktuelle Zahlen, Ausgabe August 2025, Seite 8.

M-V sollte deswegen einen klaren Fokus auf die Integration von Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen setzen. Das Rad muss dabei nicht immer neu erfunden werden: Die bewährte bundesweite Struktur der Jugendmigrationsdienste (JMD), die auch in MV einen zentralen Pfeiler darstellt, jedoch den Bedarf nicht decken kann, sollte aus Landesmitteln ergänzt und ausgebaut werden.[3] Zudem sind psychosoziale Angebote ein unverzichtbarer Baustein für eine gelingende Integration.

3. Schulen bei der Integration nachhaltig unterstützten

Schule ist ein zentraler Ort der Integration, da hier alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden und sich die zentralen Fragen wie Bildungschancen sowie Zukunftsperspektiven entscheiden. Kinder und Jugendliche profitieren von der Schulpflicht, zumindest nach der Zuweisung in die Kommunen erfolgt die Beschulung relativ zügig. Doch allein die Schulaufnahme und auch die Kostenübernahme für Sprachmittler durch das Bildungsministerium genügen nicht für eine gelingende soziale Integration im Schulbereich und ein gutes Miteinander. Die Integrationsprozesse benötigen mehr Ressourcen und Unterstützung. In Greifswald sind wir seit vielen Jahren innovativ unterwegs und setzen an den Schwerpunktschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen sowie mit hohem Anteil an Schülern mit Flucht- und Migrationsgeschichte erfolgreich Integrationsfachkräfte ein. Diese Projekte werden überwiegend über den Integrationsfonds des Landes M-V finanziert. Mit großer Sorge beobachten wir, dass im Integrationsfonds ab 2026 deutlich weniger Mittel zur Verfügung stehen werden. Dies gefährdet bewährte Integrationsprojekte. Die Handlungsempfehlung lautet daher: Best-Practice-Modelle wie die Integrationsfachkräfte in Schulen müssen nicht nur erhalten, sondern verstetigt und landesweit ausgeweitet werden, um die Schwerpunktschulen in belasteten Stadtteilen nachhaltig bei der Integration zu unterstützen.

Best-Practice-Beispiel: Integrationsfachkräfte

- Einsatz an Schulen mit hohem Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Flucht- und Migrationsgeschichte (ca. 30 %)
- Schulen: Grundschule „Greif“ (seit 2017), IGS „Erwin Fischer“ (seit 2022), Erich-Weinert-Grundschule (seit 2024)
- An jeder Schule eine Integrationsfachkraft mit 30 Stunden/Woche als Ergänzung zur Schulsozialarbeit
- Träger: Der Kinderschutzbund KV V-G e. V. und NBS – Norddeutsche Gesellschaft für Bildung und Soziales gGmbH
- Alle Integrationsfachkräfte haben selbst Migrations- oder Fluchtbiografie, derzeit verfügen alle drei Beschäftigten über arabische Sprach- und Kulturkenntnisse
- Formelle Qualifikation ist nicht reglementiert, da es sich um ergänzende Projekte handelt; die Träger prüfen jedoch pädagogische Qualifikation und Eignung
- Aufgaben umfassen u. a.: Erstbegleitung neuer Schüler (insbesondere in den ersten sechs Wochen), Unterstützung bei Anträgen (z. B. Bildung und Teilhabe), Hilfe bei behördlichen Fragen, Vermittlung in Elterngesprächen, Elterncafés, Förderung der Sprachkompetenz, Initiierung von Patenschaften, Vermittlung in Freizeitangebote, Infoveranstaltungen zum Bildungssystem und Gesundheit, Sprach- und Kulturmittlung sowie Einbeziehung der Eltern (z. B. bei Wandertagen)

[3] Als offene Beratungsstellen richten sich die JMD an 12 bis 27-Jährige mit Flucht- und Migrationsgeschichte unabhängig vom Aufenthaltsstatus und unterstützen sprachliche, soziale, schulische und berufliche Integration junger Menschen.

- Integrationsfachkräfte sind feste Ansprechpartner und vermitteln zwischen Lehrkräften, Schülern, Eltern und Schulsozialarbeit; die Schwerpunkte werden bedarfsgerecht mit der Schulleitung abgestimmt
- Fokus liegt auf Kindern mit Flucht- und Migrationsgeschichte, Integration wird jedoch ganzheitlich verstanden und richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler sowie die gesamte Schule
- Finanzierung über den Integrationsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit städtischer Kofinanzierung

4. Vorklassen und BVJA überdenken und bessere Bildungschancen ermöglichen

Zwei besonders herausfordernde Punkte stellen in M-V die Vorklassen und die BVJA-Klassen dar. Die in 2022 eingeführten Vorklassen an Grund- und weiterführenden Schulen sind kritisch zu bewerten, da sie ein segregierendes Modell darstellen und die Integration und Teilhabe der Kinder und Jugendlichen hemmen. In diesen Klassen haben sie keinen Kontakt zu gleichaltrigen deutschsprachigen Schülern und erhalten kaum Fachunterricht. Eine aktuelle Studie aus 2025 zeigt, dass junge Geflüchtete in Willkommensklassen bzw. Vorklassen langsamer Deutsch lernen als in Regelklassen.[4] Eine andere Studie von 2022 belegt, dass die Schüler durch den Besuch von Willkommensklassen anstatt von Regelklassen deutlich schlechtere schulische Leistungen und einen geringeren Bildungserfolg erzielen.[5] Die Handlungsempfehlung hierzu lautet daher: Rückkehr zu unserem bisherigen bewährten Modell in M-V, die neuzugewanderten Kinder und Jugendliche sofort einem Klassenverband zuzuordnen und in die Regelklassen mit zusätzlicher DaZ-Deutschförderung einzugliedern. Nur so können wir möglichst große Bildungschancen eröffnen und Teilhabe ermöglichen.

Die BVJA-Klassen („Berufsvorbereitendes Jahr für Ausländer und Aussiedler“) wirken sich nach praktischer Beobachtung in besonderer Weise nachteilig auf neuzugewanderte Jugendliche aus. Junge Menschen, die mit 15 oder 16 Jahren nach Deutschland kommen und in M-V in der Regel nicht mehr in weiterführende Schulen aufgenommen werden, werden bis zum Schulende ausschließlich in BVJA-Klassen unterrichtet – ohne Kontakt zu gleichaltrigen deutschsprachigen Mitschülern. Trotz eines zweijährigen Schulbesuchs bleibt der sprachliche Lernerfolg oft unzureichend, unabhängig davon, ob die Jugendlichen aus bildungsstarken Herkunftsländern stammen oder nicht. Die Handlungsempfehlung lautet daher, das segregierende BVJA-Modell – einschließlich der stigmatisierenden Abschlussbezeichnung „Berufsreife für jugendliche Ausländer“ – kritisch zu evaluieren und durch integrativere Konzepte zu ersetzen. Ziel sollte es sein, die Teilhabe an Bildung sowie die Vorbereitung auf Ausbildung und Beruf deutlich zu verbessern. Erfolgreiche Modelle, wie z. B. die SchlaU-Schule in Bayern[6], könnten auch für M-V wertvolle Impulse liefern, um die Bildungschancen und Zukunftsperspektiven junger Menschen nachhaltig zu stärken.

---

[4] Untersuchung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2025: https://pressemitteilungen.pr.uni-halle.de/index.php?modus=pmanzeige&pm_id=5943
[5] Studie des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, 2022: https://www.rwi-essen.de/presse/wissenschaftskommunikation/pressemitteilungen/detail/integration-gefluechtete-kinder-aus-vorbereitungsklassen-schneiden-schlechter-ab
[6] https://www.schlau-schule.de/

5. Antirassismusarbeit ausbauen

Kinder und Jugendliche erleben deutlich häufiger Rassismus, als es bislang ins gesellschaftliche Bewusstsein gedrungen ist. Diskriminierungskritische Antidiskriminierungsarbeit ist daher zentral für gelingende Integration und Teilhabe – in allen Lebensbereichen. Schulen bilden dabei einen besonderen Schwerpunkt. Die Handlungsempfehlung ist, Fortbildungen für Lehr- und pädagogische Fachkräfte zu Rassismus und Interventionsmöglichkeiten deutlich auszubauen. Auch das Programm *Schule ohne Rassismus* ist ein wichtiger Baustein und sollte mehr Schulen erreichen.

6. Arbeitsmarkt und Ausbildung: Übergang Schule-Ausbildung/Beruf gestalten

Fachliche Beratungsstellen und Projekte zur beruflichen Integration sowie Schulen berichten zunehmend, dass die Willkommenskultur in Unternehmen abnimmt und Jugendliche aktuell seltener Chancen auf Praktika oder Ausbildungsplätze erhalten. Diese Entwicklung spiegelt den veränderten gesellschaftlichen Diskurs wider. Zusätzliche Hürden ergeben sich aus unzureichender sprachlicher Vorbereitung sowie dem häufig hohen bürokratischen Aufwand für Unternehmen. In M-V waren die unterstützenden Strukturen bereits weiter entwickelt, als es Bildungskoordinatoren[7] bei den Landkreisen sowie Willkommenslotsen bei der IHK und HWK gab, diese wurden jedoch nicht verstetigt. Der Bedarf beim Thema Übergang Schule – Ausbildung/Beruf ist indes weiterhin hoch und bleibt maßgeblich für die Zukunftschancen junger Menschen sowie ihre gesellschaftliche Teilhabe. Zugleich gehen der regionalen Wirtschaft im Hinblick auf die Fachkräftegewinnung wichtige Potenziale dieser jungen Menschen verloren, die bereits da sind. Neben der notwendigen besseren Vorbereitung der Jugendlichen – insbesondere im Hinblick auf das BVJA-Modell (siehe Punkt 4) – lautet die Handlungsempfehlung: Zentrale Akteure wie Agentur für Arbeit, Jobcenter, IHK und HWK sollten sich wieder verstärkt für eine Willkommenskultur in Unternehmen einsetzen, sich sichtbar zur Vielfalt in der Arbeitswelt bekennen, Unternehmen als „Chancengeber“ ermutigen und sie aktiv unterstützen. Positive Beispiele, aber auch bestehende Hürden, sollten im öffentlichen Diskurs stärker kommuniziert werden. Gezielte Unterstützungsangebote bleiben dabei ebenso unverzichtbar wie engere Kooperationsstrukturen zwischen Bildungssystem, Arbeitsmarktakteuren und Wirtschaft.

7. Partizipation stärken

Der Beitrag von Nora Storz „Hürden und Gelingensbedingungen politischer Partizipation junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ (29.07.2025) liefert hierzu fundierte Handlungsempfehlungen.[8] Aktive Ansprache, Ermutigung und Einbindung in kommunalen Gremien, wie z. B. Kinder- und Jugendbeiräten, stärken die Teilhabe und Selbstwirksamkeit ebenfalls. In M-V fehlt es an Repräsentanz in vielen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen – etwa in Bildung, Verwaltung, Politik oder Wirtschaft. Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationsgeschichte mangelt es dadurch an Vorbildern und Zugängen; zudem werden ihre Perspektiven und Lebenslagen oft übersehen. Empfehlenswert ist daher eine bewusste interkulturelle Öffnung: durch Kompetenzstärkung und mehr Diversität in Organisationen.

---

[7] Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte (2016-2021), Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte (2016-2021) - Transferinitiative

[8] eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 07/2025: Hürden und Gelingensbedingungen politischer Partizipation junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte